

Soziales – Hubert Hüppe spricht in der Körperbehindertenförderung in Mössingen über die Behindertenpolitik

»Wir nehmen das sehr ernst«

VON MICHAEL MERKLE

MÖSSINGEN. »Politik für Menschen mit Behinderungen ist ein Querschnittsthema.« Einen Querschnitt durch die Behindertenpolitik auf Bundesebene in den vergangenen vier Jahren lieferte Hubert Hüppe beim Besuch in der Körperbehindertenförderung (KBF) Neckar-Alb in Mössingen. Der behindertenpolitische Sprecher der CDU-/CSU-Fraktion im Bundestag kam auf Einladung von Annette Widmann-Mauz in die Blumenstadt – sie war bereits zweimal mit ihm in seinem Wahlkreis unterwegs.

Wie steht es um die Belange und Bedürfnisse der Behinderten, wie ist es um die gleichberechtigte Teilhabe am gesell-



Bei Problemen mit zustehenden Leistungen kann der Gang in die Öffentlichkeit helfen, rät Hubert Hüppe.
FOTO: MERKLE

schaftlichen Leben bestellt? »Wir nehmen das sehr ernst«, versicherte Hubert Hüppe. Und er schnitt reihenweise Themen an: barrierefreie Gemeinden, gestiegene Zahl von Behindertenwerkstätten, längere Lebenserwartung von behinderten Menschen. »Man muss nicht Men-

schen in den ersten Arbeitsmarkt bringen, sondern auch dort halten«, erläuterte Hüppe. Arbeit zu haben sei zwar mehr als nur Geld zu verdienen – dennoch werde eine Art Kombilohn für Menschen mit Behinderungen benötigt. Die Chance auf Beschäftigung wachse so.

Pflegende Familienangehörige dürfen nicht überfordert werden. »Das sind keine Maschinen«, wusste der Verwaltungswirt. Es sei zudem wichtig, dass betroffene Menschen ihre Rechte kennen und diese einfordern können.

Zum Stichwort »Pflegeversicherung«: Nach der Reform mit Leistungssteigerungen würden nun die Betreuungskosten für Menschen mit beschränkter Alterskompetenz übernommen, auch ohne

eine Pflege-Einstufung. Die sei nur eine Errungenschaft der Legislaturperiode. Wichtig und erfreulich sei daneben, dass sich etwa die Renten für Contergan-Geschädigte verdoppelt haben.

»Wenn man behindert ist, sollte man auch Jurist sein«, merkte Willi Rudolf, Behindertenbeauftragter des Landkreises Tübingen, an und verwies auf komplizierte Vorgänge und viel Bürokratie. Dass vieles besser sein könnte, war der Tenor bei der Diskussion. Überzogene Preise bei Hilfsmitteln oder Krankenkassen, die Leistungen verweigern. »Es hilft oft die Öffentlichkeit«, rief Hüppe. Argern sich, so eine Frau, sei der Trend zu Kopfstempelpflaster in Innenstädten oder Parkhäuser mit zu hohen Automaten. (GEA)

24.06.09

Das Ziel heißt Inklusion

Hubert Hüppe (CDU) sprach bei der Mössinger KBF über Behindertenpolitik

Beim Vortrag von Hubert Hüppe, dem CDU-Beauftragten für Belange von Menschen mit Behinderungen, wurde am Montag in der Mössinger Körperbehinderten-Schule (KBS) angeregt diskutiert.

SUSANNE MUTSCHLER

Mössingen. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sei „nicht Gnade oder Fürsorge, sondern ein Menschenrecht“, betonte der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe, der auf Einladung seiner Tübinger Kollegin Annette Widmann-Mauz sprach. Der zentrale Begriff der UN-Konvention heiße nicht mehr Integration, sondern „Inklusion“.

Von Anfang an sollten die Betroffenen bei allen Planungen mit dabei sein, war eine seiner Forderungen. „Sie sind die Experten in eigener Sache“, sagte er, und haben ein Recht darauf, die Nachteile auszugleichen, die Sie durch ihre Behinderung erleben.

Noch immer sei der alltägliche Umgang mit behinderten Menschen durch tiefe Unsicherheiten bestimmt. „Wie begrüßt man eine Contergan-geschädigte Professorin?“, fragte Hüppe. Anstatt die Menschen „in Schonräumen abzusondern“, bedeute „Inklusion“ die Schaffung von „gemeinsamen Lebensräumen“ mit vorzugsweise ambulanter Betreuung. Das sei „nicht unbedingt ein Sparmodell“, gab er zu, denn dazu bräuchten die Gemeinden eine behindertengerechte Infrastruktur, die von Straßen und Gebäuden über Kommunikationstechnik bis zum gemeinsamen Schulunterricht reiche.

Dazu fielen den Rollifahrern unter den Zuhörern eine Menge ein. Innenstädte, die mit Pflastersteinen im Stil des „blöden Mittelalters“ saniert würden, unüberwindlich hohe Bordsteine, unwegsame Parkhäuser, aus denen man weder rein noch raus komme oder die genormten Nasszellen in den Krankenhäusern, die für Behinderte vollkommen unbenutzbar seien.

Die wachsende Lebenserwar-

tung und der Zuwachs von psychisch Kranken lasse die Werkstätten für Behinderte überquellen, sagte Hüppe. Seine Lösung wären langfristige Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt. Dazu reicheten die zeitlich begrenzten Beschäftigungszuschüsse, die von der Großen Koalition beschlossen wurden, nicht aus, erklärte er.

Erst ein fester Kombilohn könne dauerhafte Abhilfe schaffen. „Soziale Verantwortung muss wieder was richtig Tolles werden“, appellierte Hüppe an Unternehmer, von denen einige nur mit Eingliederungszuschüssen kalkulierten. Für schwerbehinderte Beschäftigte seien auch Zwei-Jahres-Verträge „ein Gewinn“, war in der Diskussion zu hören. Kritik gab's am „Bürokratie“, das Integrationsamt mit Stapeln von Antragsformularen führe.

Als Ziel und zukünftig „wichtigste Strukturreform in der Behindertenhilfe“ nannte Hüppe die Schaffung von Informations- und Beratungszentren, in denen die Betroffenen ihre Ansprüche in einer Hand vertreten sehen. Er sprach

von einer „Balkanisierung der Zuständigkeiten“, wenn Menschen mit Behinderungen auf ihren Antrags-Gängen durch einen Dschungel von Ämtern und Behörden geschickt würden, bis sie irgendwann aufgeben. „Es kann nicht sein, dass nur die zu ihrem Recht kommen, die so viel Widerstand aushalten.“

Willi Rudolf, Behindertenbeauftragter des Landkreises, kannte diese Situation gut. Als Behinderter müsste man eigentlich Jurist sein, scherzte er. Gleichzeitig übte er harsche Kritik an der jüngsten Gesetzgebung, die für Hilfsmittel wie Rollstühle eine bundesweite Ausschreibung vorschreibt. „Die Krankenkassen machen ihre Lager leer“, sagte er – sie würden billige schwere und unbewegliche Rollstühle „aus aller Welt“ anbieten. Beim Service könnten sich Wartezeiten über Wochen hinziehen, während lokale Werkstätten leer ausgingen. Man habe diesen Missstand in einem Nachfolgegesetz wieder geändert, beschwichtigte Widmann-Mauz.

ST, 24.06.09